

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klimaschutz im Genehmigungsrecht für (Kohle-)Kraftwerke berücksichtigen - Bundesländer müssen neue Kohlekraftwerke endlich aus Klimaschutzgründen stoppen dürfen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, im Bundesrat eine Initiative zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) einzubringen, die für Kraftwerksneu- und -ersatzbauten einen elektrischen Mindestwirkungsgrad von 58% gesetzlich festlegt.

Für Verluste am elektrischen Wirkungsgrad, die klimapolitisch sinnvollen Techniken die mit der Auskopplung von Wärme verbunden sind, sind Abschläge in der entsprechenden Höhe vorzusehen.

Bei den bevorstehenden Beratungen zum Umweltgesetzbuch (UGB) wird der Senat aufgefordert, sich ebenfalls für diese Regelungen einzusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals bis zum 31. Januar 2009 und abschließend zum 31. August 2009 zu berichten.

Begründung:

Die Rechtsvorschriften, nach denen in Deutschland Kohlekraftwerke geplant und genehmigt werden, nehmen bisher auf Klimaschutz und Ressourceneffizienz keine Rücksicht. Die Einhaltung der Grenzwerte des BImSchG reicht in der Regel aus, um einen Anspruch auf den Bau des Kraftwerks zu begründen. Der CO₂-Ausstoß oder die Effizienz des Kraftwerks spielen bei der Genehmigungsentscheidung keine Rolle. Deshalb haben die zuständigen Behörden keine juristische Handhabe Klimaschutzgründe gegen den Bau ineffizienter und extrem klimaschädlicher Kraftwerke anzuführen, das hat sich gerade in Hamburg Moorburg erneut gezeigt, wo die zuständigen Behörden gegen den politischen Willen der Umweltsenatorin ein Kohlekraftwerk genehmigen mussten. Investoren können unter Androhung von Milliardenklagen die Genehmigung von Klimakillern erzwingen. Der hier vorliegende Vorschlag macht Ressourceneffizienz und Klimaschutz zu einem zentralen Kriterium der Genehmigungsfähig-

keit von Kraftwerksneu- und -ersatzbauten. Er kann dazu beitragen, dass Deutschland seine internationalen Klimaschutzverpflichtungen erfüllen wird und seinen Beitrag dazu leistet, eine Erderhitzung um mehr als 2 Grad zu verhindern.

Berlin, 7. Oktober 2008

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Schäfer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen